Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 296. Dienstag, 21. Dezember 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Verhandlungen ruhen.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

gn. Die Parteien haben sich nicht entschließen können, während der Ferien des Parlamentes sich jederzeit zu Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Lediglich die Parteiführer blieben noch einige Tage in Berlin, um dem Reichspräsidenten Aufschluß über die Haltung und die Wünsche ihrer Fraktionen zu geben. Herr von Hindenburg hat sich ein genaues Bild von der Lage geschaffen und eingewilligt, daß erst im Januar die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen.

Der Versuch, eine überparteiliche Regierung als Zwischenlösung zu schaffen, hat wenig Aussicht auf Erfolg. Die Parteien wollen nicht übergangen werden, da die Zusammenarbeit zwischen einem Beamtenkabinett und dem Parlament nie so fest sein kann, wie die mit einer Regierung, in der die politischen Vertrauensmänner sitzen. Der Gedanke einer festen Arbeitsgemeinschaft zwischen Regierung und Koalition wird auch in der kommenden Zeit seine volle Berechtigung haben. Der Nachteil der Fraktionsbindung der Minister ist allerdings vorhanden. Er liegt darin, daß das Kabinett es stets für ein Wagnis halten muß, bei verschiedenen Fragen einen Standpunkt zu vertreten, der von der Koalition nicht voll und ganz geteilt wird. Diesem Uebelstande wird erst abgeholfen werden können, wenn die Regierungsbasis erweitert wird und das Kabinett mit Sicherheit auf die Unterstützung der größeren Hälfte der Koalition rechnen darf. Nach der Auffassung politischer Kreise handelt es sich noch immer um gewisse Kinderkrankheiten des deutschen Parlamentarismus, dessen Ausgestaltung noch nicht vollendet ist. Das jetzige System leidet an einer Starrheit, die die Bewegungsfreiheit jedes Kabinettes behindert. Die notwendigen Reformen werden sich im Laufe der Zeit von selbst aufdrängen und mit einem guten Willen der Parteien auch durchgeführt werden. Nirgends mehr wird heute der Gedanke der Diktatur oder des Umsturzes ernstlich für die Beseitigung der Krankheitserscheinungen des Parlamentslebens erwogen. Selbst die monarchisch eingestellten Kreise sehen ein, daß die Republik als Staatsform anerkannt werden muß. Der Reichspräsident von Hindenburg hofft bei seiner Einstellung und bei seinen Bemühungen bezüglich der Heranziehung der Deutschnationalen zur Mitarbeit an den Staatsgeschäften erreichen zu können, daß sie gerade beim Aufbau der Republik teilnehmen und sie mit einem Geist beleben helfen, der Deutschland befähigt, sich in der Welt wieder langsam den Platz zu erobern, der ihm entsprechend seiner Tradition und seiner Größe zukommt.

Die Vertagung der Verhandlungen über die Regierungsbildung wird von den Parteien in ihrer Wirkung günstig beurteilt. Man verspricht sich eine wesentliche Beruhigung nach den letzten Erregungen der politischen Ereignisse und auch einen klareren Blick nach den entspannenden Tagen des Festes. Die Vermutungen über die Zusammensetzung des kommenden Kabinettes verstummen mehr und mehr, und man überläßt die Führung willig dem Reichspräsidenten, dessen Vorschläge man gegen den 10. Jan. erwartet. Erst dann werden die Parteiführer mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen und dem Reichspräsidenten Gegenvorschläge unterbreiten. Bei der gegensätzlichen Auffassung der einzelnen Parteigruppen wird allgemein mit einer längeren Dauer der Krise gerechnet, zumal feststeht, daß nicht einmal die jetzige Regierungskoalition den festen Willen zur Fortsetzung gemeinsamer Arbeit auf der bisherigen Grundlage hat, falls die Verhandlungen mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten negativ ausfallen. Ein Grund zur Beschleunigung, der von allen Parteien anerkannt wird, liegt lediglich in der außenpolitischen Lage.

Die Zurückstellung des Reichsschulgesetzes.

gn. Berlin. Der Wunsch der Parteien auf Verabschiedung des Reichsschulgesetzes soll noch immer nicht befriedigt werden. Der Reichsinnenminister **Dr. Külz hat** nach einer losen Rücksprache mit den Vertretern der verschiedenen Parteien schon vor dem Sturz des Kabinettes der Regierung den **Vorschlag gemacht, das Reichsschulgesetz vorläufig nicht zu verabschieden,** da die Mehrheitsverhältnisse zu unsicher seien. Es wird nunmehr ganz von der Zusammensetzung des neuen Kabinettes, in erster Linie von der Besetzung des Innenministerpostens abhängen, ob der Entwurf in der vom Kabinett Marx verabschiedeten Form übernommen und dem Parlament vorgelegt werden wird. Dann wird auch die Konkordatsfrage gelöst werden. Das jetzige Kabinett zeigte keine Neigung, den Vertrag mit dem Vatikan abzuschließen, da eine Mehrheit hierfür nicht zustande gekommen wäre.

Die Reichswehrfrage noch nicht gelöst.

gn. Berlin. In parlamentarischen Kreisen wird uns versichert, daß **die Reichswehrangelegenheit** trotz der Erklärung des Reichskanzlers bei Eröffnung der politischen Debatte **noch nicht als erledigt angesehen werden kann.** Die Deutschnationalen beabsichtigen, noch einmal eine Aussprache über diesen Punkt herbeizuführen, da sie befürchten, daß bei einer Umorganisierung des Heeres eine Einflußnahme der Linksparteien erfolgt. Auch in der Deutschen Volkspartei hat man den Wunsch auf eine nochmalige Aussprache, die sich schon bei der Vorstellung des neuen Kabinetts im Parlament ergeben wird.

Verschleuderung deutschen Vermögens in Amerika.

Der Bericht Mac Carls.

)(Newyork, 20. Dez. Der „New York World" veröffentlicht einen sensationellen Bericht über unerhörte

Mißverwaltung und Verschleuderung der beschlagnahmten deutschen Vermögen.

Der Bericht beruht auf dem im Auftrage des Präsidenten Coolidge erstatteten mehrbändigen Rapport des Generalkontrolleurs Mac Carl über die Verwaltung des deutschen Vermögens, von dem sich die „New York World" auf irgendeine Weise ein Exemplar verschafft hat. Bisher verlautete lediglich, daß der Rapport die Verwaltung im allgemeinen einwandfrei befunden habe, und nur einige übermäßige Gehälter und Provisionen kritisiere. Wie aber aus dem Artikel der „New York World" hervorgeht, handelt es sich

um Millionen von Dollar,

und so dürften die Enthüllungen einen Riesenskandal zur Folge haben. **Nach dem Bericht Mac Carls wurden Millionen und aber Millionen Dollar ausgegeben für Anwaltsgebühren, sowie für Provisionen an Banken. Gesellschaften, die angeblich längst liquidiert waren, wurden jahrelang weiterbetrieben. Die vom Kongreß festgesetzte Grenze für die Verwaltungskosten wurde vollständig ignoriert. Gewisse Fonds blieben jahrelang in den Händen der Interessenten, ohne daß der Versuch gemacht worden wäre, sie einzuziehen. Die beschlagnahmten Wertpapiere wurden an so viele Banken und Gesellschaften verteilt, daß eine Kontrolle kaum möglich war. Niedrig bezahlte Beamte erhielten übermäßige Sporteln zugeschanzt. Regierungsbeamte benutzten Privatautos auf Kosten der beschlagnahmten Vermögen.**

Mac Carl brachte das ganze Jahr mit der Ueberprüfung der Bücher zu. Seine Untersuchung erforderte 200 000 Dollar Kosten. Trotzdem er behauptet, daß ein weitgehender Mißbrauch nur mit einer verhältnismäßig beschränkten Anzahl von Treuhandfonds betrieben worden sei, führt er

mehrere Hundert solcher Fälle

an. Der ganze Bericht Mac Carls wimmelt von Unregelmäßigkeiten, von Unterbewertung der deutschen Vermögen, von Vergeudung und Verschleuderung. Wenn die Angaben der „New York World" sich als zuverlässig erweisen, so wird man mit einem Riesenskandal rechnen dürfen, der die ganze Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums unter einen neuen Gesichtspunkt rückt.

Wie World über den Bericht über die Verwaltung des deutschen Eigentums weiter mitteilt, blieben die Beträge deutscher Vermögen jahrelang in Händen gewisser Personen, ohne daß ihre Einziehung versucht wurde. Die Zinsen für die Fonds des Treuhänders wurden dem Schatzamt entzogen und diese selbst für drei Prozent bei Banken deponiert, obwohl das Schatzamt vier Prozent zahlte. Die beschlagnahmten Wertpapiere waren über alle Staaten verstreut, was die Verwaltung kostspielig und schwierig gestaltete. Einzelne Konten waren unvollständig. Für die kleinen Gehälter hielt man sich durch die Forderung großer Ausgabenzulagen schadlos. Regierungsbeamte benutzten auf Kosten des Fonds des Treuhänders Privatautomobile. In den Jahresberichten wurde die Aufzählung aller Angestellten unterlassen. Mac Carl, der als Sachverständiger für die Auffindung kleinster zweifelhafter Posten gilt, arbeitete ein Jahr an dem Bericht, dessen Kosten auf 200 000 Dollar geschätzt werden. Der Bericht deckt sämtliche zweifelhaften Fälle auf, angefangen von dem bekannten Fall der American Metal Co. über sieben Millionen bis zu einem Fall von 106 Dollar, die der Sekretär des Treuhänders Miller an doppelten Tagegeldern für gleichzeitige Reisen zwischen Washington und San Francisco und zwischen Washington und Newyork erhielt. Der Bericht hebt hervor, daß die Abrechnung für eine große Masse des beschlagnahmten Eigentums erfolgte, während mehrere Hundert ernstlicher Fälle von schlechter Verwaltung vorliegen. So betrugen die Anwalts- und Verwaltungskosten der American Transport Co. und der Foreign Transport and Mercantile Co. für vier Jahre eine Million Dollar. Der Verwalter der beschlagnahmten Newyorker Versicherungs-Gesellschaften erhielt 210 000 Dollar. Der Anwalt dieser Gesellschaften erhielt an Gebühren in zwei Jahren 125 507 Dollar. In den Büchern der German Co. Manila wurden 370 000 Dollar an Liberty Bonds ohne jede Erklärung abgeschrieben. Der Treuhänderfonds Behn, Meyer Co. betrug im Februar 1918 925 000 Dollar gegenüber einem gegenwärtigen Stand von 618 000 Dollar. Der Bericht kritisiert weiter den Verkauf der Aktien der Botany Worsted Mills.

Ein neues Komplott gegen Primo de Rivera?

)(Paris. Wie Chicago Tribune aus Bordeaux meldet, soll am 18. Dezember in Santander von der dortigen Polizei ein **kommunistisch-anarchistisches Komplott gegen Primo de Rivera entdeckt** worden sein. Der Hauptverschwörer, der Leiter der Sicherheitspolizei selbst, sei seines Postens enthoben worden.

Eine bedeutsame Ansprache des Papstes.

* Rom. In dem geheimen Konsistorium, an dem 30 Kardinäle, darunter auch Kardinal Faulhaber-München, teilnahmen, hielt der Papst eine bedeutsame Ansprache. Er kam u. a. auf **die Lage in Frankreich** zu sprechen und bedauerte, daß das französische Volk durch politische Fragen gespalten sei. Den Katholiken sei es nicht erlaubt, nach einem Programm zu handeln, das die Politik vor die Religion stelle, oder Zeitungen zu lesen, deren Leitung in den Händen von Männern liege, die der katholischen Moral zuwiderhandelten. Im weiteren Verlaufe seiner Ansprache gab der Papst noch einmal seiner Entrüstung über den **Anschlag auf Mussolini Ausdruck.** Er wies darauf hin, daß nach dem Attentat wieder Gewalttätigkeiten gegen Personen und religiöse Einrichtungen verübt worden seien, während er, wie auch die Bischöfe und die Priester sich in ihrem Gebete vereinigten. Die religiösen Interessen könnten durch die Maßnahmen der Regierung noch nicht als völlig gesichert gelten. Gerade die religiösen Interessen seien in Wahrheit die höchsten Interessen eines Volkes. Noch immer habe es den Anschein, daß eine dunkle Gefahr für die Organisationen und Werke der Katholiken bestehe.

Erzbischof D Albert Bitter gestorben.

)(Osnabrück. Am Sonntag morgen ist nach kurzer Krankheit in seiner Vaterstadt Melle bei Osnabrück der **Erzbischof D Albert Bitter** im 79. Lebensjahre plötzlich verstorben.

D Albert Bitter war kurz nach seiner Priesterweihe nach Schweden gegangen, wo er zunächst ein Jahr als Kaplan in Stockholm wirkte, um dann 10 Jahre lang bei der Missionsstation Göteborg sein Amt auszuüben. 1885 kam er nach Deutschland zurück. Im Jahre darauf betraute ihn der Papst mit dem Amte eines apostolischen Vikars für Schweden und Norwegen. 1923 trat er von seinem Amte zurück und es wurde ihm aus diesem Anlaß vom Papst der Titel eines Erzbischofs verliehen. Am 19. September 1924 konnte D Bitter vor seiner Diözese in Stockholm das Fest seines 50jährigen Priesterjubiläums feiern.

Schulkreuzer Hamburg in Alexandrien.

)(Berlin. Der Schulkreuzer **Hamburg,** der am 19. Dezember von der Suda-Bucht (Kreta) nach Alexandrien in See gegangen war, ist am 20. Dezember in **Alexandrien** eingelaufen.

Schweres Dampferunglück auf dem Hudson.

Auf dem Hudson stieß gestern morgen ein Personendampfer auf Treibeis. Ueber 100 Personen wurden über Bord geschleudert.

* Newyork. Zu dem Schiffsunglück auf dem Hudson wird noch gemeldet, daß sich die Zahl der Ertrunkenen auf 33 erhöht hat. Das schwer beschädigte Schiff ist gesunken und man nimmt an, daß sich weitere 12 Vermißte noch in den Kabinen befinden.

)(Newyork. Wie zu dem Unglück auf dem Hudson ergänzend mitgeteilt wird, war das gekenterte Fahrzeug hauptsächlich von Leuten besetzt, die durch die Anzeige einer Fabrik in New Jersey veranlaßt worden waren, sich dort als Arbeitskräfte anzubieten. Sie sollen angesichts der Aussicht, Beschäftigung zu finden, vor der Abfahrt an der Anlegestelle des Schiffes gesungen haben. Wie befürchtet wird, **wird die Zahl der Toten ungefähr 40 betragen.** 24 Personen mußten infolge des Sturzes in das kalte Wasser ins Krankenhaus geschafft werden. Wie es heißt, hat der Umstand, daß die Leute vor der Abfahrt auf dem Dampfersteg sangen, dazu beigetragen, daß die Rettungsversuche nur langsam einsetzten. Leute am Ufer, die die Schreie der Ertrinkenden hörten, schenkten ihnen zunächst keine besondere Beachtung, da sie annahmen, daß die Leute ihren Gesang auf dem Boot fortsetzten.

Schwerer Eisenbahnunfall bei Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) In der Nähe des Bahnhofes Jungfernheide wurden heute vormittag 2 Eisenbahnbeamte von dem herannahenden Hamburger D-Zug erfaßt und gerieten unter die Räder. Einer der Beamten wurde sofort getötet, der andere schwer verletzt.

Daily Telegraph über die deutsche Kabinettskrise.

)(London. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, britische Kreise teilten nicht **die** Besorgnis, die in einigen europäischen Hauptstädten wegen der deutschen Krise empfunden oder vorgegeben werde. **Es werde mit gutem Grunde angenommen, daß in dem neuen Kabinett Stresemann die Locarnopolitik weiter fortführen werde,** und weite Kreise glaubten, daß Hindenburg gegenüber jedem Kanzler seinen mächtigen Einfluß zu Gunsten Stresemanns gebrauchen würde. Ueberdies sei der ständige Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amts Herr von Schubert von Anfang an mit der Locarnopolitik befaßt worden, sodaß diese unverändert bleiben werde. Eine Rückkehr Luthers als Kanzler würde ebenfalls keine Beunruhigung hervorrufen; denn obwohl er nominell ein Nationalist sei, gelte er doch in beträchtlichem Maß als kluger Patriot und verständiger Sachwalter. Er sei übrigens einer der Unterhändler und Unterzeichner des Locarnopaktes.

SLUB
Wir führen Wissen.